

NATO, USA und Deutschland: Jetzt atomar abrüsten!

Nach dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki hatten US-Atomwissenschaftler die Idee der Doomsday Clock – der Weltuntergangsuhr, auf Deutsch oft verkürzend auch „Atomkriegsuhr“ genannt, die auf die Metapher anspielt, es sei „fünf Minuten vor Zwölf“, wenn ein äußerst nachteiliges Ereignis unmittelbar droht. Aktuell sind wir bei einem Stand von „100 Sekunden vor 12“, dem gefährlichsten Stand, den es je gab.

Laut dem SIPRI-Jahresbericht 2020 existieren weltweit noch 13.400 Atomsprengeköpfe, alle neun Atomwaffenstaaten modernisieren ihre Arsenale?

Warum konnte es soweit kommen? Warum sind wir bei diesem Stand?

Unter anderem weil die US-Regierung den INF-Vertrag zum Verbot von nuklearen Mittelstreckenraketen 2019 verlassen hat. Ein neues Wettüben wie zu Hochzeiten des Kalten Krieges droht - damit steigt die Atomkriegsgefahr in Europa.

Nun macht Russland sowohl der NATO als auch den USA konkrete Friedensvorschläge, um die Situation zu entschärfen. Doch USA, NATO und Bundesregierung bleiben offenbar stur. Vielmehr ist geplant die Anschaffung von 138 neuen Bombern, davon sollen 30 in der Lage sein, die modernisierten, gefährlicheren US-Atomwaffen zu tragen. Damit sollen die bereits im rheinland-pfälzischen Büchel lagernden ersetzt werden.

Dieser INF-Vertrag wurde 1987 zwischen der UdSSR und den USA als erstem nuklearen Abrüstungsvertrag geschlossen. Damit wurde eine ganze Waffenkategorie vernichtet. Beiden Staaten, USA und Russland ist es verboten, landgestützte Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper aufzustellen.

Der INF-Vertrag war Vorbild für weitere Abrüstungsverträge. Doch der Westen hat Russland in den letzten Jahren immer weiter bedrängt und eingekreist: durch Ausdehnung der NATO bis an Russlands Grenzen, durch Truppenkonzentrationen, Manöver und Raketenabschussbasen in Osteuropa.

Mit der Kündigung des INF-Vertrages zielten die USA nicht nur auf Russland, sondern insbesondere auf den neuen Hauptgegner China. Sofort mit Ende des Vertrags begannen die USA mit Raketentests im Pazifik, kündigten die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Region an, obwohl chinesische Waffen gar nicht in der Lage sind, die USA zu erreichen.

Und noch ein Abrüstungsvertrag steht auf der Kippe: am 5. Februar 2021 läuft der 2010 von den USA und Russland geschlossene New-START-Vertrag zur Begrenzung interkontinentaler Atomraketen aus. Der russische Präsident Putin stellte das „Einfrieren“ des gesamten russischen Atomarsenals für ein Jahr in Aussicht, um „anstehende Fragen“ verhandeln zu können. U.a. hatten die USA gefordert, künftig auch taktische, „kleinere“ Atomwaffen einzubeziehen – wozu Russland nur dann bereit ist, wenn die USA auch ihre taktischen Atomwaffen aus Deutschland, Belgien, den Niederlanden, Italien und der Türkei zurückholen.

Russlands Vorschläge könnten zu einer ersten Abrüstungsrunde führen. Doch anstatt darauf einzugehen – was deren Ernsthaftigkeit in der Praxis zeigen würde – wiegelte das deutsche Auswärtige Amt unter Außenminister Maas ab und nannte Russlands Angebot, auf Raketenstationierungen im Westen Russlands zu verzichten, „nicht vertrauenswürdig“.

Die Politik von Merkel und Außenminister Maas, aber auch von weiten Teilen der Grünen, der AfD und der FDP ist keine Friedenspolitik. Sie setzt auf militärische Drohgebärden und Einschüchterung.

Aber wer dauerhaften Frieden will, muss für Abrüstung kämpfen, muss gegen die Modernisierung von Atomwaffen in Büchel und den Standorten in Belgien und den Niederlanden sowie gegen die „nukleare Teilhabe“ Deutschlands kämpfen, muss kämpfen für den Austritt Deutschlands aus der NATO und die Auflösung der Bundeswehr. Muss Frieden und Völkerfreundschaft mit Russland und der VR China fordern.

Im Klartext bedeutet dies, dass sich dieser Kampf gegen die Interessen des deutschen Kapitals richten muss, dass wir diese Gesellschaft, die ihre Krisen immer wieder mit Kriegen löst, endlich überwinden wollen.

Das wird nicht allein erreicht durch Appelle an die Bundesregierung, sondern durch ausdauerndes Aufklären und Mobilisieren der Menschen durch die Friedensbewegung.